Daniel Keil

RECHTE STRATEGIEN IN DER KRISE DER DEMOKRATIE: KRISENPERPETUIERUNG UND PSEUDOPARTIZIPATION

ZUSAMMENFASSUNG

Der Erfolg rechter Parteien wird häufig mit ökonomischen Krisen in Verbindung gebracht, wie auch mit der Inszenierung der sozialen Frage durch diese. Der Artikel widerspricht der Annahme, dass rechte Parteien tatsächlich eine soziale Agenda hätten, und argumentiert dafür, das rechte Angebot als spezifische Strategie in der Krise der Demokratie zu verstehen. Rechte Parteien und Bewegungen arbeiten an einer weitergehenden autoritären Transformation mit einem spezifischen Partizipationsversprechen: der unmittelbaren Teilhabe an gesellschaftlicher Gewalt. Die Strategie besteht im Umdeuten des Demokratiebegriffs und der Behauptung eines mythischen Verhältnisses des „Volkswillens" zur Macht.

- Rechte Parteien inszenieren sich als soziale Parteien, als einzig wahre Antwort auf ökonomische Krisen.
- Ihr Erfolg ist aber nicht allein auf ökonomische Krisenprozesse zurückzuführen.
- Sie machen stattdessen ein spezielles Partizipationsangebot: Sie versprechen die Teilhabe an gesellschaftlicher Gewaltausübung gegen die erklärten Feinde.

ABSTRACT

The rise of far-right parties is often related to economic crises, as well as such parties stage-managing the social question. This article argues against the assumption that far-right parties actually have a social agenda; on the contrary, their propaganda is understood as a strategy to overcome the crisis of democracy. Far-Right parties and movements are working for an authoritarian transformation which includes the cutback of possibilities of participation factually, while they are promising a specific form of participation. This strategy consists in reframing the concept of democracy and thus asserting a mythic relation of the "will of the people" [Volkswillen] to power.

- Far-right parties present themselves as social parties, as the only true answer to economic crises.
- Their success can nevertheless not be attributed to economic crises alone.
- Instead, they offer a specific form of participation: i.e. exerting power against declared enemies.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 22/2020: Seiten 38–47

1 EINLEITUNG

In den letzten Jahren wurde viel über Sozialpolitik diskutiert, allerdings nicht darüber, wie eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen erreicht werden kann, sondern darüber, warum rechte Parteien in weiten Teilen Europas so erfolgreich sind. Dies wird häufig als Folge eines Versagens linker Parteien verstanden, das darin bestünde, die soziale Frage zugunsten sogenannter Identitätspolitik aufgegeben und „die" ArbeiterInnen vergessen zu haben.[1] Dadurch sei eine Lücke entstanden, die nun von rechten Parteien gefüllt werden könne. Ähnliche Debatten zu den Ursachen der Wahlerfolge der AfD in Deutschland werden sehr ausführlich geführt, vor allem über die Frage, wer die AfD aus welchen Gründen wählt. In der Regel kann man drei Erklärungsansätze dabei unterscheiden: erstens einen politökonomischen, zweitens einen kulturellen und drittens einen politischen. Alle drei Ansätze gehen jeweils von zentralen theoretischen Annahmen aus, die alle ihre Probleme haben. Während die politökonomischen Ansätze sich häufig um die ModernisierungsverliererInnen-These drehen, die davon ausgeht, dass die Wahl rechter Parteien oder auch die Annahme rechter Einstellungen mit der ökonomischen Deprivation der Einzelnen zusammenhängt, stützt sich die kulturelle Erklärung vor allem auf die Cleavage-Theorie, die von einer neuen gesellschaftlichen Spaltungslinie zwischen kosmopolitischen GlobalisierungsbefürworterInnen und national orientierten KommunitaristInnen ausgeht. Der politische Ansatz stellt im Anschluss an die Postdemokratie-These von Crouch insbesondere die schwindenden Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen und die daraus folgende Politikverdrossenheit in den Mittelpunkt. Allen drei Ansätzen ist gemein, dass sie sich in irgendeiner Form mit der Frage des Einflusses der „Globalisierung" auf die noch immer nationalstaatlich verfassten Gesellschaften beschäftigen. Auch wenn diese Darstellung sehr schematisch ist und es auch Kritiken an der Trennung von ökonomischen und kulturellen Erklärungen gibt (siehe z. B. Biskamp 2019), so lässt sich daran dennoch ein Problem festmachen: Auf der Suche nach einem „rationalen Kern"[2], der in der Wahl rechter Parteien zu finden sein soll, werden die Verhältnisse wiederum der Kritik entzogen, da das Setting eines scheinbaren Dualismus von „global" und „national" a priori als wahr anerkannt wird. So wird die Wahlentscheidung zugunsten der AfD „zielbewusst und rational motiviert", weil die WählerInnen „die Sorge um den Verlust der kulturellen Identität umtreibt" (Lengfeld 2018, 308, Fußnote 9). In Bezug auf die ökonomische These hieße das, der rationale Kern bestünde darin, mit der Wahl einer rechten Partei der transnationalen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt begegnen zu wollen, und die politische These würde dann eine Wiederherstellung der Partizipation an politischen Entscheidungen bedeuten. Das Problem, das dabei untergeht, hat Adorno so formuliert: „Zwangsläufig sind die Menschen so irrational wie die Welt, in der sie leben" (Adorno 1948 [2019], 46). D. h., eine kritische Analyse muss die irrationale Verfasstheit der gegenwärtigen Gesellschaften selbst und nicht nur bestimmte Reaktionen auf deren innere Dynamiken und Krisen aufnehmen, die dann wiederum unter den spezifischen Bedingungen als rational erscheinen könnten. Die Frage ist nicht, ob Reaktionen auf solche Weise rational sind, sondern welche Konsequenzen daraus folgen. Vor diesem Hintergrund – und in Hinblick auf die politischen Konsequenzen – müssen zudem die Strategien von politischen AkteurInnen, namentlich der (neuen) Rechten, analysiert werden, um die Gefahren, die von diesen Denkweisen und Politiken ausgehen, zu benennen.

---

1 Zur Übersicht und Kritik dieser These siehe Dowling/van Dyk/Graefe 2017.

2 So Enno Stahl unter Bezugnahme auf Stuart Hall. Das Problem dabei: Dieser „rationale Kern" wird auf die ökonomischen Sicherungsbedürfnisse bezogen, darauf, dass Menschen ihren Arbeitsplatz behalten und behaupten wollen. Wenn das Bestehen in der Konkurrenz des Weltmarkts als rationaler Kern bestimmt wird, dann wird allerdings die irrationale Form der (Re-)Produktion dethematisiert. Zudem findet sich bei Hall, sollte ich es nicht überlesen haben, nur die Formulierung „philosophischer Kern" (Hall 1989), ein Gramsci-Zitat, das darauf verweist, dass Anschauungen des Alltagsverstands, auch ohne das selbst zu wissen, auf einen größeren Weltanschauungszusammenhang verweisen. Von Rationalität ist hier keine Rede.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 22/2020: Seiten 38–47

Im Folgenden werde ich daher die Frage bearbeiten, wie genau die Reaktion rechter AkteurInnen auf die gegenwärtige multiple Krise aussieht. Ausgangspunkt ist dabei eine größere Skepsis gegenüber der Annahme, rechte Parteien hätten ein politökonomisches Programm, das gravierende soziale Verbesserung mit sich bringen würde. Das heißt aber nicht, dass sie nicht Krisensymptome wahrnehmen, deuten und schließlich auch in gewissem Sinne umdeuten. Grundlegend verfolgt der Beitrag vor dem Hintergrund dieser Frage, dass die Rezeption der gegenwärtigen Krise als Ergebnis einer neuen Spaltungslinie ihr Fundament in der Verhinderung von Partizipation, insbesondere der Subalternen, an politischen Entscheidungen durch „Immunisierung" (Lüggert 2017) der politischen Institutionen gegen alternative Politiken hat. Gegen diesen politisch-institutionellen Partizipationsausschluss bieten rechte Parteien ein höchst spezifisches Partizipationsversprechen, mit dem Partizipation autoritär umgedeutet wird. Es ist ein antidemokratisches Versprechen, das vor allem die Teilhabe an staatlich ausgeübter Gewalt verspricht. Um diese These zu diskutieren, werde ich zunächst Elemente einer Krise der Demokratie – als Teil der multiplen Krise – skizzieren, um im Anschluss an einem Beispiel das antidemokratische Versprechen und sein Anknüpfen an die Krise herauszuarbeiten.

2 KRISE DER DEMOKRATIE – KRISE DER PARTIZIPATION

Zunächst einmal sollte schon deutlich geworden sein, dass die Krise eine tiefere Dimension beinhaltet und mithin eine „organische Krise" ist, die die gesamte Gesellschaft in ihren Grundlagen erschüttert. Die Krise der Demokratie ist ein Teil dieser Krisenkonstellation und nicht einfach als Zerfall der Demokratie zu begreifen. Stephan Lessenich warnt zu Recht vor einer „retrospektiven Überhöhung, wenn nicht gar Idealisierung der politisch-sozialen Verhältnisse im ›golden age‹ des Fordismus" (Lessenich 2019, 122).[3] Es muss also vielmehr darum gehen, Demokratie als immer prekär zu begreifen. Aus historisch-materialistischer Perspektive bedeutet das, die politisch-institutionelle Ausgestaltung der Gesellschaft in ihrer spezifischen Form aus dem Stand gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zu analysieren, bei gleichzeitiger Kritik ihres strukturellen Fundaments. Das bedeutet, die politische Form nicht affirmativ als Ausgangspunkt zu nehmen, sondern selbst zu hinterfragen (vgl. Buckel/Martin 2019). So wird kein starrer Ausgangspunkt eines Niedergangs festgelegt, sondern vielmehr die gesellschaftliche Dynamik inklusive ihrer antidemokratischen Tendenzen in den Blick genommen, wobei die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht rationalisiert werden. Daher kann das Erstarken rechter Parteien und Bewegungen nicht als isoliertes Ereignis, sondern als „Teil des Dramas" (Hürtgen 2019, 101) analysiert werden. Stellt man die Frage, warum bestimmte Teile der Bevölkerung bei Wahlen eine rechte Partei wählen, dann muss die gesellschaftliche Bewegung zwischen der autoritären Dynamik der Institutionen und dem autoritären Syndrom der Subjekte (vgl. Decker 2018) erfasst werden.

Um die Krise der Demokratie adäquat zu erfassen, muss daher das Analyseinstrumentarium tiefer ansetzen. Ein Merkmal der politischen Form des Kapitalismus ist die relative Trennung der

[3] Vielmehr kann man die Prekarität der Demokratie an der Geschichte der Auseinandersetzung mit ihren Krisen und Gefährdungen betrachten: Schon Marx' 18. Brumaire ist eine Auseinandersetzung mit einer existenziellen Demokratiekrise (vgl. Marx 1852). Und in der Hochzeit des Fordismus wurde von Johannes Agnoli die „Involution" der Demokratie kritisiert (vgl. Agnoli 1990).

Sozialpolitik in Diskussion, Band 22/2020: Seiten 38–47

Politik von der Ökonomie, d. h. zunächst, dass die ökonomischen EigentümerInnen der Produktionsmittel nicht unmittelbar auch die politische Herrschaft ausüben, sondern diese sich als Staat relativ autonom gegenüber allen Klassenfraktionen etabliert. Grundlegend wird der Staat verstanden als „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen" (ebd., 159), wobei der Staat „eine eigene Dichte und Widerstandskraft" (ebd., 162) hat. Daraus folgt, dass der Staat und staatliche Politik eine relative – oder relationale – Autonomie gegenüber der Ökonomie bzw. gegenüber den Klassen und Klassenfraktionen aufweist. Da der Staat eine relativ eigenständige Verdichtung von Kräfteverhältnisses ist, ist er auch nicht als monolithischer Block zu verstehen, sondern als ein Ensemble aus Apparaten, deren innere Kohärenz sich aus der Etablierung und Durchsetzung eines Staatsprojekts ergibt (vgl. Wissel 2015). Das heißt, dass sich die diversen gesellschaftlichen Kräfte in aggregierter Form – als Hegemonieprojekte (vgl. Buckel et al. 2014) – gegenübertreten bzw. in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen herauskristallisieren und, im Erfolgsfall, zu einer hegemonialen Konstellation emergieren.[4] Diese zeichnet sich dadurch aus, ein „instabiles Kompromissgleichgewicht" zu sein (Gramsci) in der das hegemoniale Projekt auch andere unterlegene Interessen selektiv miteinbezieht und dadurch einen Konsens erzeugt, der weit genug reicht, um die Konstellation abzusichern. Wie und auf welche Art und Weise welche Interessen sich in solchen Konstellationen artikulieren und aggregieren, hängt wiederum von der vorgefundenen Materialität der Apparate und den konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ab. Daraus folgt, dass die Bearbeitung einer ökonomischen Krise stets auch eine von den Kräfteverhältnissen und der inneren Kohärenz und dem inneren Aufbau und Verhältnis der Apparate abhängige eigenständige Dynamik aufweisen kann – und dass auch diese komplexe Struktur ohne ökonomische Krise in eine eigene Krise geraten kann.

Ein zentrales Element der gegenwärtigen Krise der Demokratie ist, dass das instabile Kompromissgleichgewicht aus der Balance geraten ist. Es vermehren sich die Risse im Block an der Macht, was sich nicht zuletzt darin ausdrückt, dass vormals in Bündnissen agierende Klassenfraktionen und Parteien auseinanderbrechen (vgl. z. B. Kannankulam 2019). Durch die „Überkonstitutionalisierung" (Grimm 2015), d. h. die verfassungsmäßige Festschreibung politischer Entscheidungen auf die Austeritätspolitik, haben sich die Spielräume für die Erzeugung eines Konsenses auch im Block an der Macht so stark verringert, dass eine autoritäre Dynamik in den Institutionen entstanden ist, die in der politischen Arena zu einer tiefgreifenden Neuordnung politischer AkteurInnen führte. Daher verstellt die Frage, ob denn die Fokussierung auf den Riss im Block an der Macht die Bedeutung der autoritär revoltierenden ArbeiterInnen vernachlässige oder umgekehrt, den Blick auf das, was passiert: die Formierung eines Projekts, in dem sich verschiedene, vorher getrennte gesellschaftliche Gruppen neu verbinden. Vorläufig ist dieses Projekt nicht als Hegemonieprojekt zu bezeichnen, da es darauf hinausläuft, die Hegemoniekrise nicht zu beenden, indem wieder ein Zustand relativ funktionierender Hegemonie hergestellt wird, sondern indem die politische Form so verändert wird, dass Hegemonie gar kein Ziel der politisch konkurrierenden Gruppen sein kann. Rechte AkteurInnen nutzen die autoritäre Dynamik, die sie im Prinzip auf die Spitze treiben wollen. Die rechten Parteien sind im Grunde dabei Ausdruck dieser Formierungen, die sich auch im Niedergang des Systems der „Volksparteien" und nicht zuletzt im Fall der Sozialdemokratien in Europa zeigen.

[4] Insofern gehen hegemonietheoretische, an Gramsci anschließende Argumentationen auch nicht, wie Klaus Dörre schreibt, von einem „rationalen Kapitalismus" (Dörre 2019, 32) aus. Vielmehr ist Hegemonie die Form, in der sich Herrschaft unter Bedingungen grundsätzlich irrationaler und ungeplanter Prozesse konstituiert, verselbstständigt und damit Ausdruck einer sozialen Form ist, in der gesellschaftliche Widersprüche prozessieren, aber nicht aufgehoben werden.

3 RECHTES AGIEREN IN DER KRISE: KAPITALISMUS UND SOZIALES?

Teile der (neu)rechten Bewegungen und Parteien in Europa, so auch Teile der AfD, greifen einerseits offensiv die Schwäche der Linken auf und formulieren daran anschließend eine spezifische Interpretation der Krise der Demokratie. Hierbei rekurrieren sie direkt auf Formen der Partizipation und propagieren scheinbar die Wiedererlangung von Handlungsfähigkeit. Parolen wie „Take back Control" in der Auseinandersetzung um den Brexit greifen direkt die Krise der Demokratie auf und suggerieren, durch eine Stärkung des Nationalstaats könne „Kontrolle" zurückgewonnen werden. Rechte AkteurInnen interpretieren die Krise dabei als Souveränitätsverlust, der durch die globale Ökonomie, die Europäische Union sowie deren Eliten vorangetrieben würde. Der interpretatorische Dualismus zwischen global und national rechter AkteurInnen – scheinbar eine Bestätigung der Cleavage-Theorie – deutet daher die durchgesetzte Politik als ‚Fremdbestimmung' durch ‚abgehobene Eliten'. Die Setzung des Nationalismus als einzig wahre Opposition gegen die Globalisierung ist ein Topos, den rechte Parteien quer durch Europa propagieren (vgl. Worth 2019, 81–108). Vor dem Hintergrund dieses Topos erscheinen dann manche AkteurInnen der Rechten als VertreterInnen einer Antiausteritätspolitik (vgl. Cooper 2020), die ein soziales Programm vertreten würden. Insbesondere die beklagten Kontrollverluste werden als verantwortlich für den ausgemachten sozialen und kulturellen Niedergang gezeichnet. Die dreifache Frage besteht also darin, ob die rechte Interpretation der gegenwärtigen Krise ein soziales Programm beinhaltet, wie es die breiten Auseinandersetzungen um die eingangs angesprochenen Debatten über das Verhältnis von ArbeiterInnen zu rechten Parteien suggerieren, aus welcher Form von Kapitalismusverständnis sich dieses speist und was die Konsequenzen aus einem solchen Programm sind.

In den letzten Jahren sind zahlreiche Versuche vor allem in (neu)rechten Thinktanks festzustellen, rechte Formen der „Kapitalismuskritik" zu entwickeln und sich hierbei einerseits bestimmte linke Versatzstücke anzueignen (vgl. Gebhardt 2017) und andererseits sich selbst als die „wahren" VertreterInnen der „kleinen Leute" und der sozialen Frage zu präsentieren. Beispielsweise forderte Björn Höcke von der AfD 2018 auf dem Kyffhäusertreffen des völkischen Flügels Folgendes: „Die Linke hat die Arbeiter, die Angestellten und die kleinen Leute verraten, indem sie die soziale Frage verraten hat. [...] Die soziale Frage war das Kronjuwel der Linken, ihre Existenzgarantie. [...] Wenn wir als AfD glaubwürdig bleiben und entschlossen bleiben, dann können wir der Linken dieses Kronjuwel jetzt abjagen[5]. Und das sollten wir tun" (Höcke 2018a).

Um dies umzusetzen, entwickelt Höcke das Konzept des „solidarischen Patriotismus" (Höcke 2017 u. 2018c, 246), der gegen die „Folgen einer falsch angelegten Globalisierung" (Höcke 2017) in Stellung gebracht wird. Der Neoliberalismus habe „Staaten zu Wurmfortsätzen global agierender Konzerne gemacht" (ebd.). Diese Interpretation fügt sich ein in die Aussage, dass die „neue deutsche soziale Frage" in der Frage nach „der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen" (Höcke 2016) bestehe. An anderer Stelle wird Höcke noch deutlicher, was seiner Ansicht nach das Problem der Globalisierung ist: „Der internationale Geld-Macht-Komplex, der heute zu Recht auch schon des Öfteren erwähnt worden ist, der internationale Geld-Macht-Komplex mit seiner krakenhaften Machtstruktur formte quasi die bis dahin transatlantisch geprägten europäischen Eliten zu antinationalen Globalisten um" (Höcke 2018b). Weiter heißt es in der Rede: „Und dieses Weltestablishment müssen wir als unseren politischen Hauptgegner begreifen und be-

[5] Es ist kein Zufall, dass Götz Kubitschek, eine der zentralen Figuren der (neu)rechten Szene in Deutschland, wenige Tage vor dem Kyffhäusertreffen genau die gleiche Formulierung verwendete: „Die soziale Frage ist ein Kronjuwel der Linken, und es könnte ihr durch eine glaubwürdige und entschlossene AfD abgejagt werden" (Kubitschek 2018).

Sozialpolitik in Diskussion, Band 22/2020: Seiten 38–47

kämpfen“ (ebd.). Kaum noch verklausuliert zeigt sich hier das angeblich Soziale, die scheinbare Kapitalismuskritik, als ein alter antisemitischer Topos („krakenhaft“). Durch die Verknüpfung von Geld mit einem die Macht ausübenden „Weltestablishment“ wird gleichzeitig das Völkisch-Nationale als Ort des Widerstands und zugleich als das Soziale gesetzt, das durch diese globale Geld-Macht-Elite zerstört werde. In dieser Innen-außen-Konstruktion der Globalisierung verknüpfen sich weitere zentrale rechte Topoi. Insbesondere Migrationsbewegungen werden so mit der Globalisierung verknüpft, dass sie einerseits als Angriff auf das soziale Gemeinwesen interpretiert werden können und zugleich als von der globalen Elite verursacht und gesteuert begriffen werden. Der Topos des „Großen Austauschs“ (Camus 2017), der zu einer „Auflösung der Zivilisation“ führe, zu einem „Eroberungskampf um Ressourcen und Lebensraum“ (ebd., 105), ist zu einem zentralen Bestandteil (neu)rechter Ideologie geworden.

4 GEGEN DIE KRISE DER DEMOKRATIE: PSEUDOPARTIZIPATION UND KRISENPERPETUIERUNG

Vor diesem Hintergrund kann weiter herausgearbeitet werden, was dem scheinbar sozialen Programm (neu)rechter AkteurInnen zugrunde liegt und welche Konsequenzen sich aus ihrem Denken ergeben. Aus dem Dualismus global vs. national und der Verschiebung der sozialen Frage auf ein Innen-außen-Verhältnis wird ein Gegenbild entworfen, das eine Vorstellung von Partizipation enthält, die grundlegend für die rechte Vorstellung von sozialer Politik ist. Aus der Interpretation der Herrschaft der „Globalisten“ über die Nationalstaaten ergibt sich, dass die nationalen Regierungen als VertreterInnen der globalen Interessen gesehen werden, die sich vom ‚eigenen Volk‘ entfremdet hätten und dieses nicht mehr vertreten würden. Dadurch habe der ‚Volkswille‘ keine Chance mehr, sich in staatliche Politik zu übersetzen. Das Zentrum besteht in der mythischen Interpretation des Volkswillens. Im Folgenden zeichne ich dies exemplarisch an einem Vortrag über „Volk, Volkssouveränität, Verfassung“ des MdEP Maximilian Krah (Afd) nach, den er Anfang 2019 bei einer sogenannten Winterakademie des neurechten Thinktanks Institut für Staatspolitik gehalten hat. Das ist auch deshalb erhellend, da sich hier die Strategie der Umdeutung von Begriffen mittels semantischer Verwirrspiele anhand des Begriffs der Demokratie zeigen lässt, über dessen semantische Bearbeitung antidemokratische Vorstellungen in öffentliche Diskurse transportiert werden.

Ausgangspunkt bei Krah ist die Volkssouveränität, die als Wesensmerkmal der Demokratie ausgemacht wird und die den Kern dessen bezeichnet, was als Partizipation verstanden werden kann. Krah nimmt die Einordnung von Teilen der AfD als Prüffall durch den Verfassungsschutz zum Anlass, einen ethnischen Volksbegriff aus dem Grundgesetz zu konstruieren. Aus Art. 116 GG entnimmt er den Begriff der „Volkszugehörigkeit“, der neben dem der „Staatsangehörigkeit“ steht, und schließt daraus, dass es etwas anderes als den Staat bzw. die Staatsangehörigkeit geben müsse, das die Zugehörigkeit zum Volk bzw. zur Nation bestimmt. Dieses andere findet er in der Kultur, die auch nur in sehr geringem Maße durch Bekenntnis erlernt werden könne (vgl. Krah 2019). Damit wird das Volk als vorpolitisch existent, d. h. der politischen Organisation vorgängig, bestimmt. Die kulturelle Homogenität des Volkes wird als Voraussetzung der Artikulation eines einheitlichen politischen Willens bestimmt: „Die Deutschen sagen, oder die Mitteleuropäer, das muss kulturell homogen sein, weil das ist die Voraussetzung für den einheitlichen po-

Sozialpolitik in Diskussion, Band 22/2020: Seiten 38–47

litischen Willen" (ebd.).[6] Der einheitliche politische Wille ist dabei wiederum Voraussetzung des Staates. „Das heißt also, aus einem Staat als Ausdruck eines kollektiven Willens, der von einem Kollektiv her gedacht wird, wird eine Welt, die nur noch Regierungsbezirke kennt, aber im Kern einem einheitlichen Reglement unterworfen ist. Und damit kommen wir also wieder weg aus dem Pluriversum der Nationalstaaten mit ihrer Trennung von innen und außen und dem Staat als der politischen Erscheinungsform eines in territorialer Geschlossenheit siedelnden Volkes zu einem gedachten Globalimperium, das nur noch pragmatisch ist, das versucht, Dinge zu regeln, die da sind, aber ansonsten im Anything-goes des freien Individuums unterworfen ist" (ebd.).

Die zentralen Bestimmungen aus diesen Absätzen lassen sich so zusammenfassen: Ein vorpolitisch existierendes und kulturell homogenes Volk ist Voraussetzung für einen einheitlichen politischen Willen (den Volkswillen). Dieser Volkswille drückt sich im Staat aus, der territorial geschlossen ist – international drückt sich dies in einem „Pluriversum"[7] von Staaten/Völkern aus. Ergänzt wird dies durch die Behauptung einer quasinatürlichen Unterscheidung in „Bürger und Fremde", die eine „elementare" sei, eine „grundlegende, die einfach da ist" (ebd.). Es ist also keine Frage des Rechts, über die Institution der Staatsbürgerschaft, wer zu einem Staat gezählt werden kann, sondern eine der vorstaatlichen, kulturellen Volkszugehörigkeit. Als Gegenbild wird damit politisch das „Globalimperium", rechtlich das universalistische Recht sowie der liberale Individualismus gezeichnet. Hier zeigt sich deutlich eine völkische Demokratievorstellung,[8] und es lässt sich herausarbeiten, was in diesem Sinne Partizipation bedeutet und welche Interpretation der Krise der Demokratie dem zugrunde liegt. Partizipation heißt demnach, dass sich ein einheitlicher Volkswille bilden und im Staat ausdrücken kann. Im Gegensatz zur pluralen Demokratie, in der sich ein verallgemeinerter Wille über Kompromisse herstellt, gibt es hier keine Aushandlung und keine Pluralität. Vielmehr ist Homogenität Voraussetzung für den einheitlichen Volkswillen – Volk und Volkswille werde so zu „metaphysische[n] Größen" (Kellershohn 2019, 203), die empirisch nicht ermittelbar sind. Björn Höcke formuliert es folgendermaßen: „Wir sind als Volk bereits stark fragmentiert und bringen im Grunde keinen einheitlichen Volkswillen mehr hervor, sondern eher eine dissonante Kakophonie" (Höcke 2018c, 235). Und weiter heißt es: „Auch bei einer wiederhergestellten inneren Einheit muß er [der verantwortungsvolle Politiker, Anm. D. K.] ein Sensorium für die »volonté generale« besitzen und notfalls auch gegen die aktuellen öffentlichen Befindlichkeiten und für das Volk die richtigen Entscheidungen treffen – also nicht selbstherrlich-autokratisch, sondern im dienenden Sinne" (ebd., 235 f.). In diesem Sinne bestimmt Krah dann auch Volkssouveränität: „Souveränität heißt die Macht – kein Gesetz – keinen Beschränkungen unterliegt – unterworfen ist – und die frei – also eine unbegrenzte ominöse Allmacht – unbeschränkt – die sich frei entfalten kann"[9] (Krah 2019).

---

[6] Die Aussagen sind dem Vortrag entnommen, der auf YouTube zu sehen ist. Bis auf kleine Bereinigungen („ähs" oder Ähnliches wurde herausgenommen), die keine Auswirkungen auf den Inhalt haben, wurden die Sätze wortwörtlich übernommen.

[7] Der Begriff „Pluriversum" geht auf den Vordenker der Nouvelle Droite, Alain de Benoist, zurück: „Der Hauptfeind in diesem Pluriversum autozentrierter Großgebilde ist kulturell wie wirtschaftlich jede Zivilisation, die sich als universal behauptet, mit einer erlösenden Mission betraut zu sein glaubt und allen anderen ihr Modell aufzwingen will. Europa als kontinentale Realität und der Westen als zunehmend ungeographischer Begriff sind in dieser Sicht ausausweichlich zur Scheidung verurteilt" (Benoist 2003, 39).

[8] Im Prinzip ist dies auch nichts als eine Aktualisierung von Carl Schmitts völkischer Demokratiebestimmung: „Jede wirkliche Demokratie beruht darauf, daß nicht nur Gleiches gleich, sondern, mit unvermeidlicher Konsequenz, das Nichtgleiche nicht gleich behandelt wird" (Schmitt 2017, 13).

[9] Auffällig stark kommt Krah an dieser Stelle ins Schlingern. Dieser Satz ist in seiner Unverständlichkeit originalgetreu wiedergegeben. Die eingefügten Gedankenstriche sollen hierbei helfen, die verschiedenen fragmentarischen Formulierungen zu verdeutlichen. Dieses Schlingern an einer entscheidenden Stelle wäre tiefenhermeneutisch zu analysieren, wozu hier leider der Platz fehlt. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, dass es daher rührt, dass an dieser Stelle offen eine diktatorische Willkürherrschaft mit dem Begriff der Souveränität legitimiert wird und diese Offenheit in (neu)rechten Kreisen mittlerweile eher selten anzutreffen ist. Eine solche Offenheit widerspricht der Strategie, unverdächtige Begriffe semantisch umzudeuten und anschlussfähig zu machen.

Kurz zusammengefasst ergibt sich folgende Kausalkette: Ein homogenes Volk ist die Voraussetzung für einen einheitlichen politischen Volkswillen, der sich im Staat ausdrückt, empirisch aber nicht ermittelbar ist (durch Wahlen beispielsweise), sondern von einem Führer erfühlt werden muss. Dieser Führer ist dann als Verkörperung des Volkswillens und der Volkssouveränität keinem Gesetz mehr unterworfen, sondern kann allmächtig entscheiden. Was folgt daraus für die Vorstellung des Sozialen oder von Partizipation? Höcke verwendet die Formulierung des „solidarischen Patriotismus" (Höcke 2018c, 346) ganz in diesem Sinne als die Herstellung der Einheit des Volkes gegen außen – Globalisierung und Migration – und innen – ‚antinationale Eliten'. Partizipation kann in diesem Sinne nichts anderes heißen als die Homogenität des Volkes wiederherzustellen, um den einheitlichen Willen zu erzeugen. Eine solche Homogenität herstellen zu wollen bedeutet nichts anderes als den Einsatz von Gewalt. Höcke spricht hier – Sloterdijk zitierend – von „wohltemperierter Grausamkeit", ohne die „ein großangelegtes Remigrationsprojekt" (ebd., 254) nicht vonstattengehen könne. „Die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, dass wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen" (ebd., 257 f.). Das Versprechen, das hier gegeben wird, ist eines der Partizipation an Gewalt. Als nichts anderes lassen sich vor diesem Hintergrund die Phrasen eines „solidarischen Patriotismus" verstehen. Der Begriff der Solidarität wird hier aus seiner linken Geschichte des Zusammenstehens Unterdrückter und Benachteiligter herausgerissen und zu einer Formierung der Mehrheitsgesellschaft gegen „die anderen" umgedeutet. Ebenso wird der Begriff der Demokratie über diese Konstruktion der Volkssouveränität antidemokratisch gewendet, da in dieser Form des unbedingten Volkswillens die rechtsstaatliche Trennung zwischen „verfassungsgebender Gewalt" und der durch die Verfassung gegebenen Gewalt (Staatsgewalt) im einheitlichen politischen Willen des homogenen Volkes aufgehoben wird, was nichts anderes als die Grundlage eines faschistischen Maßnahmenstaates ist. Partizipation bedeutet hier also nichts anderes als ein Einfügen in die Volksgemeinschaft. So werden Begriffe, die demokratisch und durchaus auch emanzipatorisch bestimmt waren, semantisch so umgedeutet, dass sie den Wunsch nach einem autoritären Staat ausdrücken.

5 FAZIT

In der Krise der Demokratie knüpfen rechte AkteurInnen an Elementen dieser Krise an und bauen ein eigenes Deutungsmuster, das sich in Begriffen wie „Volkssouveränität" und „solidarischer Patriotismus" ausdrückt. Insbesondere die Immunisierung der politischen Institutionen sowie den Abbau der Möglichkeiten der Partizipation an politischen Entscheidungen deuten rechte AkteurInnen als Bruch zwischen Volk und Staat, der dadurch zustande kommt, dass das Volk durch Migration so fragmentiert sei, dass es keinen einheitlichen politischen Willen mehr entwickelt, der sich dann auch nicht mehr im Staat ausdrücken könne. Die Forderung ist nicht ein Mehr an Partizipation, sondern vielmehr eine Pseudopartizipation, die die Teilhabe an politischen Entscheidungen durch die Teilhabe an staatlich legitimierter Gewalt ersetzt. Dieses Versprechen, an der Gewalt gegen als „anders" Markierte teilzuhaben, ist der Kern des sogenannten sozialen Programms rechter AkteurInnen und die Negation jeglichen demokratischen Partizipationsversprechens. Eine solche Politik bearbeitet die Krise der Demokratie nicht, sondern will sie einzig und allein eskalieren.

BIBLIOGRAFIE

Adorno, Theodor W. (1948), Bemerkungen zu *The Authoritarian Personality* von Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson, Stanford, in: *Adorno,* Theodor W. (2019), Bemerkungen zu ›The Authoritarian Personality‹ und weitere Texte, herausgegeben von Eva-Maria *Ziege,* Berlin, 21–70.

Agnoli, Johannes (1990), Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg.

Benoist, Alain de (2003), Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert. Erweiterte Auflage, Berlin.

Biskamp, Floris (2019), Ökonomie ist kulturell, Kultur ist ökonomisch. Zu den Grenzen einer politischen Ökonomie des Populismus, in: PROKLA, Heft 196, 49. Jg., Nr. 3, 463–476.

Buckel, Sonja und Dirk *Martin* (2019), Aspekte einer gesellschaftskritischen Theorie der Politik, in: *Bohmann*, Ulf und Paul *Sörensen* (Hg.), Kritische Theorie der Politik, Berlin, 243–266.

Buckel, Sonja, Fabian *Georgi,* John *Kannankulam* und Jens *Wissel* (2014), Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung, in: Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld, 15–86.

Camus, Renaud (2017), Revolte gegen den Großen Austausch. Zusammengestellt und übersetzt von Martin Lichtmesz, 2. Auflage, Schnellroda.

Cooper, Melinda (2020), Anti-Austerity on the Far Right, in: *Callison,* William and Manfredi *Zachari* (Hg.), Mutant Neoliberalism. Market Rule and Political Rupture, New York, 112–145.

Decker, Oliver (2018), Flucht ins Autoritäre, in: *Decker,* Oliver und Elmar *Brähler* (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen, 15–64.

Dörre, Klaus (2019), Demokratie statt Kapitalismus oder: Enteignet Zuckerberg!, in: *Ketterer,* Hanna und Karina *Becker* (Hg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, Berlin, 21–51.

Dowling, Emma, Silke *van Dyk* und Stefanie *Graefe* (2017), Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik", in: PROKLA, Heft 188, 47. Jg., Nr. 3, 411– 420.

Gebhardt, Richard (2017), »Querfront«? Zur Kapitalismuskritik und Diskurspiraterie der Neuen Rechten, in: Das Argument, Nr. 323, 347–362.

Grimm, Dieter (2015), Auf der Suche nach Akzeptanz. Über Legitimationsdefizite und Legitimationsressourcen der Europäischen Union, in: Leviathan, 43. Jg., Nr. 3, 325–338.

Hall, Stuart (1989), Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihre Bedeutung für die Erforschung von »Rasse« und Ethnizität, in: *Hall,* Stuart: Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften, Bd.1, Hamburg, 56–91.

Höcke, Björn (2016), Facebook-Posting vom 1. 5. 2016, in: https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/posts/1698077077100238/, letzter Zugriff: 29. 1. 2020.

Höcke, Björn (2017), „Nicht mit dem Establishment gemeinmachen", Interview, in: Die Welt, 30. 11. 2017, 4.

Höcke, Björn (2018a), Rede auf dem Kyffhäusertreffen am 23. 6. 2018, in: https://www.youtube.com/watch?v=kbLikMxEsqk, letzter Zugriff: 29. 1. 2020.

Höcke, Björn (2018b): Europa ist nicht Brüssel. Rede auf dem Herrmannstreffen der AfD am 24. 11. 2018, in: https://www.youtube.com/watch?v=kflg_5GphB4, letzter Zugriff: 7. 2. 2020.

Höcke, Björn (2018c), Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig, Lüdinghausen, Berlin.

Hürtgen, Stefanie (2019), Konkurrenz und xenophobe Kulturalisierung im transnationalen Raum der Lohnarbeit, in: *Book,* Carina, Nikolai *Huke,* Sebastian *Klauke* und Olaf *Tietje* (Hg.), Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der »imperialen Lebensweise«, Externalisierung und exklusive Solidarität, Münster, 94–107.

Kannankulam, John (2019), Das Staatsprojekt Europa in der Krise. Zur Aktualität des Autoritären Etatismus im Kontext der Finanz- und „Eurokrise", in: *Keil,* Daniel und Jens *Wissen* (Hg.), Staatsprojekt Europa. Eine staatstheoretische Perspektive auf die Europäische Union, Baden-Baden, 83–96.

Kellershohn, Helmut (2019), Nationaler Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis in einem »Europa der Nationen«, in: *Becker,* Andrea, Simon *Eberhardt* und Helmut *Kellershohn* (Hg.), Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster, 90–112.

Krah, Maximilian (2019), Volk, Volkssouveränität, Verfassung. Vortrag auf der Winterakademie des Instituts für Staatspolitik in Schnellroda, in: https://www.youtube.com/watch?v=z9dKdGkMhzg, letzter Zugriff: 15. 1. 2020.

Kubitschek, Götz (2018), Markenimitate, Kronjuwelen – Seehofer, Wagenknecht, in: https://sezession.de/58674/markenimitate-kronjuwelen-seehofer-wagenknecht, letzter Zugriff: 29. 1. 2020.

Lengfeld, Holger (2018), Der „Kleine Mann" und die AfD: Was steckt dahinter?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 70, 295–310.

Lessenich, Stephan (2019), Die Dialektik der Demokratie. Grenzziehungen und Grenzüberschreitungen im Wohlfahrtskapitalismus, in: *Ketterer,* Hanna und Karina *Becker* (Hg.), Was stimmt nicht mit der Demokratie? Eine Debatte mit Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, Berlin, 121–138.

Lüggert, Max (2017), Die Immunisierung der Krisenverarbeitung in der Eurozone, in: *Förster,* Annette und Matthias *Lemke* (Hg.), Die Grenzen der Demokratie. Gegenwartsdiagnosen zwischen Politik und Recht, Wiesbaden, 111–140.

Marx, Karl (1852), Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 8., Berlin 1960, 111–207.

Poulantzas, Nicos (2002), Staatstheorie, Hamburg.

Schmitt, Carl (2017): Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. 10. Auflage, Berlin.

Stahl, Enno (2019), Die Sprache der Neuen Rechten. Populistische Rhetorik und Strategien, Stuttgart.

Wissel, Jens (2015), Staatsprojekt Europa. Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union, Münster.

Worth, Owen (2019), Morbid Symptoms. The Global Rise of the Far Right, London.